

Eingriffe in die Rechte und die Lebensstellung des Betreuten drohen und dieser wegen der rechtlichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten der Angelegenheit unter Berücksichtigung seiner persönlichen Fähigkeiten nicht in der Lage ist, sich ohne fachkundige Hilfe sachgerecht im Betreuungsverfahren einzulassen.

(Leitsatz der Redaktion)

LG Mönchengladbach, Beschl. v. 26.10.2006 – 5 T 337/06 (AG Erkelenz)

Aus den Gründen: ...

II. Die gem. §§ 14 FGG, 127 Abs. 2 S. 2 ZPO zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache Erfolg.

Gem. §§ 14 FGG, 121 Abs. 2 ZPO ist die Beiordnung eines Rechtsanwalts geboten, wenn die Vertretung durch einen Rechtsanwalt erforderlich erscheint. Die Notwendigkeit der Beiordnung eines Verfahrensbevollmächtigten ist im Betreuungsverfahren anzunehmen, wenn schwer wiegende Eingriffe in die Rechte und die Lebensstellung des Betreuten drohen und dieser wegen der rechtlichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten der Angelegenheit unter Berücksichtigung seiner persönlichen Fähigkeiten nicht in der Lage ist, sich ohne fachkundige Hilfe sachgerecht im Betreuungsverfahren einzulassen (Beschl. der Kammer v. 18.10.2006, 5 T 363/06; LG Berlin, BtPrx 2002, 175; BayObLG Beschl. v. 18.8.1999, 3 ZBRH 1/99; LG Karlsruhe FamRZ 1999, 1091). Ein schwer wiegender Eingriff in die Rechte und die Lebensstellung des Betroffenen ist dann anzunehmen, wenn eine umfassende Betreuung, ein Einwilligungsvorbehalt, die Wohnungsauflösung oder die geschlossene Unterbringung im Raum steht (LG Karlsruhe a.a.O.).

Nach Maßgabe dieser Grundsätze ist die Beiordnung von Rechtsanwalt G im Betreuungsverfahren geboten. Für die Betroffene kommt nach den Feststellungen des Sachverständigen im Gutachten vom 14.8.2006 die Anordnung einer Betreuung für alle Angelegenheiten sowie die Einrichtung eines Einwilligungsvorbehalts für den Bereich der Vermögenssorge in Betracht. Auch wenn die Betreute nicht mit einer solch umfassenden Betreuung einverstanden sein sollte, könnte das AG nach Anhörung der Betroffenen und nochmaliger Prüfung der Angelegenheit eine umfassende Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt einrichten. Zwar bestimmt § 1896 Abs. 1a BGB, dass gegen den freien Willen eines Volljährigen eine Betreuung nicht eingerichtet werden darf. Dies setzt aber voraus, dass der Betroffene seinen Willen ohne Beeinflussung durch seine Erkrankung bilden kann. Ob dies bei der Betroffenen der Fall ist, ist auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens zumindest zweifelhaft. Sollte die Betroffene die Betreuung (teilweise) ablehnen, wäre ggf. die Einholung einer ergänzenden Stellungnahme des Sachverständigen notwendig.

Nach dem Ergebnis des Sachverständigengutachtens ist die Betroffene auch nicht in der Lage, ihre Verfahrensrechte ohne Beiordnung eines Rechtsanwalts selbst wahrzunehmen. Der Sachverständige diagnostiziert eine leichte Intelligenzmin-

PKH-Beiordnung von Anwälten in Betreuungsverfahren

_____ § 14 FGG, § 121 Abs. 2 ZPO

Die Beiordnung eines Verfahrensbevollmächtigten im Betreuungsverfahren ist notwendig, wenn schwer wiegende

derung mit Störungen des Auffassungsvermögens, des planerischen Denkens und der Affektsteuerung des Sozialverhaltens. Die Betroffene war nicht in der Lage, ein geläufiges Sprichwort zu erklären. Das Vorlesen eines Briefes gelang nur bruchstückhaft. Eine Subtraktionsaufgabe im Hunderterraum

wurde nicht gelöst. Vor dem Hintergrund dieser Defizite hält die Kammer die Betroffene für nicht ausreichend in der Lage, ihre Rechte im Verfahren selbst wahrzunehmen.

Mitgeteilt von *Klaus-Dieter Geulen*, Rechtsanwalt, Erkelenz